

Stadt Burgdorf FDP Haushalt 2012

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte für die Burgdorfer FDP einige mir wichtig erscheinende Anmerkungen machen. Zu den Zahlen haben meine VorrednerInnen schon genügend gesagt. Ich werde bei meinen Beispielen versuchen einprägsame Zahlen zu verwenden, ebenso werde ich auf einige zukünftige Ungleichheiten hinweisen.

Mein Dank geht zuerst an alle MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung für ihre im letzten Jahr geleistete Arbeit und die mir gewährte Unterstützung.

1. Nach Einführung des NKR (Neues Kommunales Rechnungssystem) gilt folgendes Prinzip: Die Politik gibt strategische Ziele vor und genehmigt die zur Umsetzung notwendigen Finanzmittel. Die Verwaltung hat diese Ziele in Produktziele umzusetzen (operatives Geschäft) und muss mit den verfügbaren Mitteln auskommen. Der Ergebnishaushalt hat immer ausgeglichen zu sein (gesetzliche Vorgabe). Nur der Bürgermeister (BM) verfügt mit seiner Verwaltung und der entsprechenden Datenspeicherung über alle Informationen für eine gesetzeskonforme Aufstellung des Haushalts. Das ist seine Aufgabe!
2. Der BM wird seinen Sparwillen und damit sich selbst in den nächsten Tagen loben, weil er das Defizit im Ergebnishaushalt 2011 von 7,9 Mio. Euro am Jahresende auf 2,9 Mio. Euro reduziert hat. Ein netter Trick, denn die Defizitreduzierung beruht vor allem auf höheren Steuereinnahmen (Konjunktur!) und höheren Zuweisungen des Landes. Auch rund 2,9 Mio. Euro sind ein zu hohes Defizit für Burgdorf.

Fazit: Mehrausgabe pro EinwohnerIn in 2011 ca. 100 €

3. Die Stadt Burgdorf plant 2012 folgende Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr:
 - Anstieg des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer um 6,3 v.H.,
 - Anstieg der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich um 7,4 v.H.,
 - Anstieg der Hebesätze für Gewerbesteuer sowie Grundsteuer A u. B um jeweils 5 Prozentpunkte

Damit erhöhen sich die Einnahmen deutlich und trotzdem hat der BM leider keinen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt.

4. Wenn trotz Mehreinnahmen der Haushalt nicht ausgeglichen werden kann, dann muss die Verwaltung außer über drastische Einsparungen auch über weitere Maßnahmen nachdenken, wie z. B. Privatisierung öffentlicher Aufgaben oder Outcourcen einzelner Aufgaben.
5. Der Grundsatz, in guten Jahren (niedrige Zinsen u. florierende Wirtschaft mit entsprechenden Steuereinnahmen) sind Schulden abzubauen und nicht neue aufzunehmen, ist nach wie vor gültig. Burgdorf handelt gegensätzlich. Wann bitte sollen in Burgdorf die hohen Schulden abgebaut werden, wenn nicht heute?
6. Die Personalkosten der Stadt sollen in 2012 um rund 1/2 Mio. Euro auf rund 17 Mio. Euro steigen. Begründungen für einen höheren Personalbedarf gibt es immer. Die Politik ist nicht in der Lage über alle Arbeitsbereiche und bis auf jeden Arbeitsplatz bezüglich der Notwendigkeit und Auslastung Bescheid zu wissen. Hier sind die Führungskräfte verantwortlich damit keine Überforderung bzw. Unterforderung der MitarbeiterInnen auftritt. Vorschläge zu Verschlinkung von Prozessen sind nur im

Anlage 6 zum Protokoll der Ratssitzung am 26.01.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Dialog mit den MitarbeiterInnen zu erarbeiten. Die Politik sollte nicht bei Einzelmaßnahmen widersprechen, sondern die Personalkosten insgesamt deckeln und damit zukünftig ein Budget vorgeben, in dessen Rahmen die Verwaltung zu planen hat.

Die Finanzierung des Jugendamtes und der Kindergärten sollte nur bedingt kritisiert werden, weil hier z. B. Neuregelungen der Region in Zukunft greifen oder gesetzliche Auflagen zu erfüllen sind. Das muss abgewartet werden. Der Grundsatz, möglichst viele KiTas in eigener Regie zu führen, ist natürlich falsch. Freie Träger wie z. B. DRK, AWO oder Kirchen können diese Aufgabe ebenfalls gut leisten und sparen der Stadt Kosten, allerdings nur geringe Summen.

Insgesamt soll der Haushalt um knapp 6 Mio. € steigen.

Fazit: Mehrausgabe pro EinwohnerIn in 2012 ca. 200 €

7. Ein Blick auf die Zinszahlungen bei angenommen gleichem Zinssatz:

Die Zinszahlungen aus Investitions-□ und Liquiditätskrediten betragen in 2012 insgesamt 890 TEUR, somit **2.438 EUR** pro Tag.

2015 stehen 1,365 Mio. EUR Zinszahlungen an, somit **3.740 EUR** pro Tag.

8. Ein Zinsänderungsrisiko ist in der Planung nicht vorgesehen.

Sollten sich die Zinsen bis 2015 um 1% auf ca. 4,5% erhöhen, so steigen die Zinszahlungen auf 1,73 Mio. EUR bzw. 4.740 EUR pro Tag.

Steigen die Zinsen bis 2015 um 2 % auf 5,5% an, so werden 2,12 Mio. EUR Zinszahlungen fällig bzw. 5.808 EUR pro Tag.

9. Legt man nur die Investitionskredite zugrunde, so steigt die Pro□Kopf□Verschuldung von 684 EUR (2011) auf 1.100 EUR (2015) an.

10. Weitere Verschärfung der Finanzlage:

Die Einkommensteueranteile sollen bis 2015 in Summe um ca. 1 Mio.€ sinken.

Zwei Hinweise auf ungleiche Behandlung aus dem Haushaltssicherungs Konzept:

1. Lfd. Nr. 15: Die Straßenbeleuchtung wurde mit Geld der Anlieger umgestellt auf Stromsparlampen. Jetzt sollen noch einzubauende Schaltuhren (2012 - Investition ca. 32 T€) in Nebenstraßen eine nächtliche Abschaltung der Straßenbeleuchtung ab 2013 ermöglichen. Die jährliche Einsparung wird mit 30 T€ beziffert.

Gibt es dann in Zukunft "Hell-BürgerInnen" und "Dunkel-BürgerInnen"?

Anlage 6 zum Protokoll der Ratssitzung am 26.01.2012

Es gilt das gesprochene Wort

2. Bei der Gewässerunterhaltung für Gräben III. Ordnung sollen die Zuschüsse an die Realverbände gestrichen werden, obwohl diese ihre Kosten nur zu ca. einem Drittel daraus finanzieren können.

Warum werden die vergleichbaren städtischen Aufgaben für die im Eigentum der Stadt befindlichen Gräben zu 100 % aus Steuermitteln bezahlt?

11.Schluss und Fazit:

- Die FDP prüft eine Haushaltssperre zu fordern.
- Die Rot-Grüne-MHG will einem Haushalt 2012 zustimmen, der Schulden mit neuen Schulden bezahlt!

- Die FDP lehnt den Haushalt 2012 einschließlich Stellenplan, Investitionsprogramm und Haushaltssicherungskonzept ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ratssitzung am 26.1.2012

Karl-Ludwig Schrader

FDP- Ratscherr